



ANTRAG	Vorlage Nr.:	2019/0871
KAL/Die PARTEI-Gemeinderatsfraktion		
Standort für das "Forum Recht" überdenken		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	22.10.2019	32	x	
Gemeinderat	28.07.2020	5.1	x	

1. Der angedachte Standort für den Neubau des „Forum Recht“ am Karls-tor wird nicht weiterverfolgt.
2. Es wird ein angemessener, alternativer Standort gesucht, an dem die Bodenoberfläche bereits versiegelt ist und an dem sich der Neubau in das Stadtbild einfügt.

Sachverhalt / Begründung:

Der Beschluss des Bundestags das "Forum Recht" in Karlsruhe anzusiedeln, ist eine bedeutende Entscheidung für die Stadt Karlsruhe. Das "Forum Recht" wird bundesweite Strahlkraft haben und den Ruf Karlsruhes als Stadt des Rechts stärken.

Die räumliche Nähe zu einem der höchsten Gerichte der Bundesrepublik Deutschlands, dem Bundesgerichtshof (BGH), scheint zunächst folgerichtig und wünschenswert.

Trotzdem sehen wir den geplanten Standort kritisch. Am aktuell vorgesehenen Bauplatz müsste eine Baumgruppe mit z.T. 60 Jahre alten Bäumen gefällt werden. Zur Gewährleistung eines gesunden Kleinklimas in der Karlsruher Innenstadt muss diese Fläche nicht nur als natürlicher Boden, sondern insbesondere auch als baumbeständiges Stadtgrün erhalten bleiben. Eine Verringerung des nur sehr begrenzt zur Verfügung stehenden, klimatisch wirksamen Raums durch Entfernen der Gehölze und anschließende Versiegelung steht aus unserer Sicht im Widerspruch zum Klimaschutzkonzept der Stadt Karlsruhe. Die Maßnahme betrifft explizit die städtische Klimaanpassungsstrategie von 2013 und den Städtebaulichen Rahmenplan Klimaanpassung von 2015.

Das vorgesehene Areal ist zudem eine Gartenanlage mit historischer Dimension. Schon seit 1817 befindet sich an dieser Stelle ein englischer Landschaftspark, der, angelegt von Friedrich Weinbrenner und dem Gartenarchitekten Andreas Hartweg, das freistehende und erhöhte Palais der Markgräfin Christiane Luise umgab, den Vorgängerbau des heutigen Bundesgerichtshofes.

Zudem würde die Sichtbeziehung ausgehend von Karlstor und Herrenstraße zum BGH durch einen Neubau stark beeinträchtigt werden. Die Bedeutung des BGH als Oberster Gerichtshof Deutschlands verlangt, dass die Sicht auf dieses, für den deutsche Rechtsstaat so wichtige Gebäude, nicht zusätzlich versperrt wird.

Unterzeichnet von:
Lüppo Cramer
Michael Haug